

Der Bürgermeister sowie der Erste Beigeordnete waren zu einem Gespräch beim Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration Dr. Joachim Stamp. Inhaltlich ging es um die Kostenübernahme durch das Land für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive. In dem Gespräch ist man auf die finanzielle Auswirkungen für die Kommunen und die Belastung der ehrenamtlich Tätigen eingegangen.

Nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes hat die Landesregierung nun beschlossen, das Aufnahmesystem zur Steuerung von asylsuchenden Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen umzustellen. Zur Realisierung dieses Vorhabens wurde einen Stufenplan gebilligt, der in drei Schritten umgesetzt wird. Ziel sei es, den Kommunen in Nordrhein-Westfalen künftig möglichst nur noch anerkannte Flüchtlinge oder Personen mit guter Bleibeperspektive zuzuweisen.